



RICHTLINIE **zum Anbringen von Werbeplakaten und Aufstellen von Dreieckständern**

1. Rechtsgrundlage

Gem. §§ 18 und 19 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) ist die Benutzung der Straßen über den Gemeingebrauch hinaus eine Sondernutzung. Die Erlaubnis von Sondernutzungen ist in der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen in öffentlichen Straßen in der Stadt Leverkusen (Sondernutzungssatzung) in der jeweils aktuellen Fassung geregelt. Ihre Erteilung liegt im Ermessen der Verwaltung. Dabei können stadtgestalterische Aspekte berücksichtigt werden.

2. Geltungsbereich

Diese Richtlinie gilt - unabhängig vom Rechtsstatus des Aufstellers - für alle im Rahmen einer Sondernutzung nach §§ 18, 19 StrWG NW angebrachten bzw. aufgestellten Werbeplakate und Dreieckständer.

3. Antragstellung

3.1 Antrag

Der Antrag ist schriftlich – mindestens 14 Tage vor Durchführung der Arbeiten – bei der

Stadt Leverkusen
Fachbereich Straßenverkehr
Haus-Vorster Str. 8
51379 Leverkusen

oder einer von ihr ggf. beauftragten Firma zu stellen. Die Stadt behält sich vor, die Bearbeitung vollständig oder in Teilen auf einen Dritten zu übertragen. Beim Fachbereich Straßenverkehr oder ggf. einer beauftragten Firma ist das entsprechende Antragformular erhältlich. Es kann auch auf der Homepage der Stadt Leverkusen abgerufen werden (www.leverkusen.de). Der Antrag ist vollständig auszufüllen.

Für wiederkehrende Veranstaltungen, die z.B. wöchentlich oder monatlich stattfinden, können Sondernutzungen in einem Antrag nur für maximal 3 Monate im Voraus beantragt werden.

Anträge für Veranstaltungen **innerhalb von Leverkusen** werden bevorzugt genehmigt. Anträge für Veranstaltungen **außerhalb von Leverkusen** werden aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazitäten genehmigt.

3.2 Baugenehmigung

Gem. § 65 Abs. 1 Nr. 33 der Bauordnung NRW (BauO NRW) bedürfen Werbeanlagen sowie Hinweiszeichen nach § 13 Abs. 3 Nr. 3 BauO NRW bis zu einer Größe von 1 m² keiner Baugenehmigung. Für darüber hinaus gehende Flächen ist in der Regel eine Baugenehmigung erforderlich. Diese ist im Fachbereich Stadtplanung und Bauaufsicht einzuholen und bei Antragstellung vorzulegen.

4. Standorte der Plakate / Dreieckständer

- 4.1 Der Fachbereich Straßenverkehr hat unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben (Straßenverkehrsordnung, Bauordnung NRW und Denkmalschutzgesetz) eine Liste mit bis zu 1.300 Standorten erstellt (sog. „Standortliste“).
Es handelt sich dabei hauptsächlich um Laternenmasten und einige ausgewählte Bäume.



Das Anbringen von Werbung durch Aufhängen von Plakaten und Aufstellen von Dreieckständern ist ausschließlich an diesen ausgewählten Standorten erlaubt.

Mit Antragsbewilligung erfolgt eine Zuteilung der Standorte, wobei die Wünsche der Antragsteller soweit möglich berücksichtigt werden.

Aus gestalterischen Gründen werden in Fußgängerzonen nur wenige Plakate bzw. Dreieckständer genehmigt.

4.2 Bei der Auswahl der Standorte werden folgende Vorgaben berücksichtigt:

a) Gem. § 33 Satz 2 StVO ist das Anbringen von Werbung und Propaganda an Verkehrszeichen und -einrichtungen unzulässig.

b) Abstände

Zu folgenden Einrichtungen ist in Fahrtrichtung gesehen ein Mindestabstand von **10 Metern** einzuhalten:

- Fußgängerüberwege
- Kreuzungen
- Einmündungsbereiche
- Kreisverkehre
- Querungshilfen
- Fahrgastunterstände und Stadtinfoanlagen (ab Außenkante)

c) Verbote

- Plakate / Dreieckständer dürfen an folgenden Standorten **nicht** angebracht werden:
 - Verkehrszeichenmasten
 - Lichtsignalanlagen
 - Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (sog. Starenkästen)
 - sonstige Verkehrseinrichtungen (Straßennamenschilder, Wegweisungsbeschilderung etc.)
 - Pflanzflächen (mit Pflanzen und Gehölzen bepflanzte Vegetationsflächen)
 - Bäume (**gilt nur für Plakate, aber nicht für Dreieckständer**)
 - Parkscheinautomaten
- Die Aufstellung von Dreieckständern in Rasenflächen und in Flächen um Bäume herum ist nur zulässig, wenn diese nicht zu zusätzlichen Vegetationszwecken genutzt werden. Die Beseitigung bzw. Herrichtung erfolgter Beschädigungen werden dem Veranstalter in Rechnung gestellt.
- In der unmittelbaren Nähe (Mindestabstand 2 m) zu Verkehrszeichen (§ 39 Straßenverkehrsordnung - StVO -) ist ein Aufstellen nur zulässig, soweit eine Sichtbehinderung oder anderweitige Verkehrsbehinderung oder -beeinträchtigung ausgeschlossen werden kann.

5. Vorgaben zur Nutzung der Standorte

5.1 Das gesetzlich vorgeschriebene Lichtraumprofil ist nach III Nr. 13 der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu den §§ 39-43 StVO einzuhalten. Dies bedeutet, dass zwischen der Wegeführfläche und der Unterseite von Plakaten ein Mindestabstand von

- 2,00 m über den Gehwegen
- 2,20 m über den Radwegen und kombinierten Rad-/ Gehwegen
- 4,50 m über den Fahrbahnen

einzuhalten ist. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass in allen Fällen ein seitlicher Abstand zur Fahrbahn von 0,50 m einzuhalten ist.



- 5.2 Plakate dürfen nur mit Kunststoffband angebracht werden, **nicht** mit Draht, um eine Beschädigung der Laternenmasten zu vermeiden.
- 5.3 Das sichere Anbringen der Plakate - insbesondere die Absicherung gegen Abrutschen – bzw. die Standfestigkeit der Dreieckständer ist zu gewährleisten.
- 5.4 An jedem Standort ist nur eine Werbemaßnahme zulässig. Dies gilt sowohl für Plakate als auch für Dreieckständer. Die Laternenmasten können dabei für 2 Plakate genutzt werden (doppelseitige Plakatierung).

6. Verbote

- 6.1 Eine entgeltliche Weitervermietung oder auch unentgeltliche Überlassung von Plakatflächen oder Dreieckständern an andere Nutzer ist nicht möglich bzw. erlaubt.
- 6.2 Darstellungen und Aussagen in der Werbung dürfen nicht die Menschenwürde und das allgemeine Anstandsgefühl verletzen oder gegen Gesetze verstoßen und bestimmte Personen nicht herabwürdigen oder verächtlich machen. Bei Werbeplakaten, deren Inhalte oder Darstellung gegen die Menschenwürde verstoßen oder frauenfeindliche und sexistische Inhalte oder Darstellungen enthalten, wird keine Erlaubnis erteilt. Zweifelsfälle werden mit der Frauenbeauftragten der Stadt Leverkusen beraten. Bei Verstößen gegen diese Regelung erlischt die erteilte Sondernutzungserlaubnis mit sofortiger Wirkung.
- 6.3 Werbung mit politischem Inhalt, wie z.B. politische Aussagen, Wertungen als auch die Ankündigung politischer Veranstaltungen, werden auf die Zeit von 3 Monaten vor allgemeinen politischen Wahlen beschränkt.
Außerhalb dieser Zeit ist politische Werbung auf Dreieckständern und anderen mobilen Plakatflächen jeglicher Art auf städtischen Flächen nicht zulässig.
Einzelheiten zur Werbung vor allgemeinen politischen Wahlen sind unter Punkt 12 geregelt.

Werbungen in Zusammenhang mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden gemäß Art. 67 a, 68 der Landesverfassung NRW sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden im Sinne des § 26 der Gemeindeordnung NRW sind von dem in Ziffer 6.3 erster Absatz enthaltenen Verbot ausgenommen und erlaubt.

Bei Volksinitiativen ist Werbung für den Zeitraum von insgesamt 3 Monaten erlaubt. Die Werbung kann in der Zeitspanne zwischen der schriftlichen Anzeige der Unterschriftensammlung bei dem Innenministerium und dem Eingang des Antrages bei dem Präsidium des Landtages erfolgen; allerdings darf sie insgesamt nicht länger als drei Monate dauern.

Bei Volksbegehren ist Werbung in dem Zeitraum vom Tage der Veröffentlichung der Zulassung der Listenauslegung bis zum Ablauf der Eintrags- oder Nachfrist erlaubt.

Bei Volksentscheiden ist Werbung vom Tag der Veröffentlichung des Abstimmungstages bis zum Tag vor dem Abstimmungstag, nicht jedoch am Abstimmungstag selbst, erlaubt.

Bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ist die Werbung hierfür erlaubt. Die Fristen für die Dauer der Werbemaßnahme ergeben sich aus § 26 Abs. 3 sowie Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW.

7. Kennzeichnung genehmigter Werbeplakate

Mit der Sondernutzungserlaubnis erhält der Antragsteller Aufkleber für die genehmigten Plakate. Diese sind mit einem Gültigkeitsdatum versehen. An jedem genehmigten Plakat ist 1 Aufkleber anzubringen. Bei Werbung mittels Dreieckständern genügt 1 Aufkleber pro Ständer, da ohnehin nur eine Werbemaßnahme pro Ständer erlaubt ist.

Bei Plakaten mit separaten Aufklebern für Veranstaltungstage ist der Aufkleber des Fachbereiches Straßenverkehr oder eines von ihr beauftragten Dritten auf diesen anzubringen.



Alle Plakate, die keine Kennzeichnung durch die Aufkleber tragen, werden aus Sicherheitsgründen bzw. wegen fehlender Erlaubnis abmontiert. Die Demontage erfolgt entweder durch den Fachbereich Straßenverkehr oder eines beauftragten Dritten. In beiden Fällen gehen die entstehenden Kosten zu Lasten des Veranstalters.

8. Stückzahlen / Genehmigungszeitraum / Antragsablehnung

8.1 Zeitraum und Umfang der Plakatierung

Der Zeitraum und der Umfang der Plakatierung wird unter Berücksichtigung der Art der Veranstaltung / Werbemaßnahme wie folgt genehmigt:

	kleine Veranstaltungen / sonstige Werbung	große Veranstaltungen	mehrwöchige Veranstaltungen
Beschreibung	Veranstaltungen an einem Tag oder sonstige Werbemaßnahmen	Veranstaltungen an mehreren Tagen	Veranstaltungen über mehrerer Wochen
Beispiele	Trödel- und Computermärkte, Straßenfeste, Veranstaltungen in der Smidt-Arena und dem Forum / Hinweise auf besondere Aktionen, Neueröffnungen	Stadtteilstädte, Bierbörse, Opladener Trödelkirmes, eine Plakatierung für mehrere zusammenhängende Veranstaltungen (z.B. Damen- und Herrensitzung im Karneval)	Weihnachtsmärkte, kulturelle Veranstaltungen wie die Leverkusener Jazztage
Zeitraum der Plakatierung	max. 2 Wochen	max. 6 Wochen	max. 8 Wochen
Anzahl der Standorte	max. 50 Standorte	max. 100 Standorte	max. 100 Standorte

8.2 Antragsablehnung

Sofern bei früheren Veranstaltungen eines Antragstellers Verstöße gegen die Anbringungsregeln festgestellt wurden, kann die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis bei Unzuverlässigkeit verweigert bzw. erst nach Entrichtung der fälligen Gebühren erteilt werden.

Kollidiert die beantragte Dauer der Sondernutzung mit der Frist von 41 Tagen vor allgemeinen politischen Wahlen, so endet die erteilte Sondernutzungserlaubnis spätestens am 45. Tag vor der betreffenden Wahl.

9. Genehmigungsverfahren / Gebührenberechnung

9.1 Der Antragsteller erhält bei Vollständigkeit des Antrages eine Sondernutzungserlaubnis nebst eines Gebührenbescheides. Die aktuellen Gebührentarife sind in der Sondernutzungssatzung geregelt.
 Mit der Plakatierung darf erst begonnen werden, wenn eine Sondernutzungserlaubnis erteilt wurde.

Die Erlaubnis wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt.

9.2 Werden die unter Punkt 8 genannten Fristen bei einer erteilten Sondernutzungserlaubnis unterschritten, so ist im Falle einer gewünschten Weiternutzung bis zum max. Genehmigungszeitraum beim Fachbereich Straßenverkehr oder einem beauftragten Dritten unaufgefordert ein Verlängerungsantrag zu stellen. Der Antrag muss spätestens eine Woche vor Ablauf der Erlaubnis vorliegen.

9.3 Die Neuvergabe eines Standortes zum Aufhängen von Werbeplakaten bzw. zum Aufstellen von Dreieckständern erfolgt erst 15 Arbeitstage nach Ablauf der davor erteilten Sondernutzungserlaubnis. Damit ist eine Anschlussplakatierung ausgeschlossen.



Ausgenommen hiervon wird der 3-monatige Werbezeitraum vor allgemeinen politischen Wahlen sowie für Werbemaßnahmen nach Ziffer 6.3 (Volksinitiativen, Volksbegehren etc.).

10. Hinweis zum Entfernen von Plakaten / Dreieckständern

10.1 Plakate / Dreieckständer, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen

Hinweisplakate / Dreieckständer, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, werden sofort durch den Fachbereich Straßenverkehr oder durch einen beauftragten Dritten kostenpflichtig entfernt.

10.2 Plakate / Dreieckständer deren Genehmigungsfrist abgelaufen ist

Die Plakate / Dreieckständer, die genehmigt wurden, sind unaufgefordert spätestens 3 Arbeitstage nach Ende der Genehmigungsfrist zu entfernen.

Erfolgt dies nicht, wird der Erlaubnisinhaber aufgefordert, die Plakate / Dreieckständer innerhalb von 48 Stunden zu entfernen.

Nach Ablauf dieser Frist werden die Plakate / Dreieckständer durch den Fachbereich Straßenverkehr oder einen beauftragten Dritten entfernt und eine Woche in den Räumen des Fachbereiches Straßenverkehr oder eines beauftragten Dritten zur Abholung eingelagert. Die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes sind bei den Ersatzvornahmen zu beachten.

Die anfallenden Kosten für dieses Verfahren werden dem Erlaubnisinhaber in Rechnung gestellt.

Werden die Plakate / Dreieckständer nicht abgeholt und müssen durch den Fachbereich Straßenverkehr oder den beauftragten Dritten entsorgt werden, erfolgt auch hier eine entsprechende Inrechnungstellung.

10.3 nicht genehmigte Plakate / Dreieckständer

Bei Plakaten / Dreieckständer, die ohne Genehmigung im Stadtgebiet angebracht sind, wird, abhängig vom Grad der Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, das Verfahren entsprechend Ziffer 10.1 oder 10.2 angewendet.

11. Sonderregelungen

11.1 Für genehmigte Werbeträger der MOPLAK Medien Service GmbH gelten die Richtlinien mit Ausnahme der Punkte 3, 4.1 sowie 6 bis 10.

Die vertraglich zugesicherten Rechte der Firma MOPLAK Medien Service GmbH werden durch die Richtlinie nicht eingeschränkt.

11.2 Für die im Stadtgebiet angebrachten Hotelwegweiser im Rahmen der „Hotelroute“ gelten die Richtlinien nur hinsichtlich der Punkte 4.2 und 5, da diese hauptsächlich der Wegweisung dienen und nur subsidiär zu Werbezwecken genutzt werden.

11.3 Für die im Rahmen städtischer Tiefbaumaßnahmen aufgestellten Dreieckständer der TBL gelten die Punkte 3, 4.1 sowie 6 bis 10 nicht.

Die Aufstellregelungen nach Punkt 4.2 und 5 dieser Richtlinien sind nicht zu beachten, wenn Ständer innerhalb der Baustellenfläche aufgestellt werden. Zwei Wochen vor Aufstellung ist der Fachbereich Straßenverkehr oder ein beauftragter Dritter über die Anzahl, die Dauer und die Aufstellorte zu informieren.

11.4 Die Vorgaben nach Ziffer 8 entfallen,

- wenn durch eine vertragliche Regelung mit dem Veranstalter im Interesse der Stadt Leverkusen mit Zustimmung des Oberbürgermeisters Sonderregelungen getroffen wurden oder
- wenn es sich um Eigenwerbung für die Stadt Leverkusen und ihr Image handelt.

11.5 Für stadtteilbezogene Werbung (z.B. durch Vereine) können die Bezirksvertretungen jeweils an einer festen Stelle eine grundsätzliche Möglichkeit zur Werbung einrichten. Die Werbemöglichkeit z.B. mit Hilfe eines Schaukastens oder einer Litfasssäule ist von den Bezirksver-



tretungen (auf eigene Kosten) einzurichten. Der Standort ist vorab unter Berücksichtigung von straßenrechtlichen Belangen und bestehender Verträge mit den Fachbereichen Straßenverkehr, Stadtplanung und Bauaufsicht, Finanzen - Liegenschaften, der Firma MOPLAK Medien Service GmbH und den TBL abzustimmen.

Die Werbung wird in Eigenregie durch die Bezirksvertretungen geregelt. Diese können eigene Nutzungsbedingungen festlegen. Es sind lediglich die Vorgaben nach Ziffer 6 zu berücksichtigen.

- 11.6 Weitere Ausnahmen von den Regelungen dieser Richtlinie können nur mit Zustimmung des Rates der Stadt Leverkusen zugelassen werden.

12. Verfahren bei Werbung für allgemeine politische Wahlen

Durch Vorgaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW ist Wahlwerbung innerhalb einer Zeit von drei Monaten unmittelbar vor dem Wahltag zulässig.

Zu den allgemeinen politischen Wahlen zählt auch die Wahl des Integrationsrats.

Mit den Parteien, politischen Gruppierungen, Wählervereinigungen etc., werden für die Wahlwerbung öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen werden, die die Erlaubnis zur Anbringung von Plakatwerbung beinhalten.

Hierbei wird zwischen der Wahlwerbung ab dem 41. Tag vor der Wahl (1. Zeitraum) und der Werbung in der Zeit ab 3 Monate bis zum 42. Tag vor der Wahl (2. Zeitraum) unterschieden.

Für den 1. Zeitraum werden mit den Parteien und politischen Gruppierungen Verträge geschlossen, die eine Auflistung von 600 Standorten (Angabe von Laternen und Bäumen) enthalten, an denen die Werbung angebracht werden kann. Nur an diesen – festgelegten – Standorten darf die Werbung aufgestellt bzw. -gehängt werden. Jede Partei hat damit die Möglichkeit an jedem dieser Standorte zu werben. Die Werbung liegt damit in Eigenverantwortung der politischen Parteien / Gruppierungen. Die Regelung bezüglich der Beschränkung auf eine Werbemaßnahme pro Standort (s. Ziffer 5.4) wird für die politische Werbung in dieser Zeit außer Kraft gesetzt. Diese Werbung ist kostenfrei.

Für den 2. Zeitraum werden ebenfalls öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen. Die Grundzüge der Verträge sind identisch mit denen für den 1. Zeitraum. Es werden jedoch nur 200 der vorgenannten Standorte zur Verfügung gestellt. Diese Werbung ist kostenpflichtig. Es wird die Verwaltungsgebühr entsprechend den Vorgaben der Sondernutzungssatzung erhoben.

Werbungen mit politischem Inhalt dürfen auch außerhalb des öffentlichen Straßenraums nicht an Zäunen auf städtischen Grundstücken, wie z. B. Schulen, Kindertagesstätten, unbebauten Grundstücken angebracht werden.

13. Inkrafttreten

Die Richtlinie tritt am 01.07.2011 in Kraft.

Stadt Leverkusen
Der Oberbürgermeister

Datum: _____

Buchhorn